

# «Ehrlich, diese Chance kommt nicht wieder»

**Verträge mit der EU** Schweiz-Freunde in der Europäischen Union beobachten die Debatte über die neuen Verträge interessiert, aber mit Sorge. Wolle der Bundesrat gewinnen, müsse er etwas riskieren.

**Dominique Eigenmann**, Brüssel

Wenn Politiker aus Brüssel über die Schweiz reden, ist der Unfall nie weit. Nur Beat Jans traue sich etwas, sagte Andreas Schwab kürzlich dem Konstanzer «Südkurier». Alle anderen Bundesräte hätten «die Hosen voll». Als der «Blick» den Satz aufgriff, bekam der deutsche EU-Parlamentarier viel böse Post aus der Schweiz. Dabei hatte Schwab eigentlich nur sagen wollen, der Bundesrat müsse sich mehr für die neuen Verträge mit der EU engagieren, wenn er wolle, dass am Ende auch das Volk zustimme.

Andreas Schwab und Christophe Grudler sind die beiden Parlamentarier, die sich in der EU wohl am innigsten um die Schweiz kümmern. Man tut ihnen kein Unrecht, nennt man sie Schweiz-Freunde. Der eine ist Deutscher, 52 Jahre alt, der andere Franzose, 60-jährig.

Beide sind nahe der Schweiz aufgewachsen, Schwab im badiischen Rottweil unweit des Bodensees, Grudler in Belfort, gleich hinter dem Jura. Der eine gehört der CDU an, der andere einer Mittepartei namens Mouvement Démocrate. Grudler ist im EU-Parlament für die Schweiz zuständig, Schwab hat 2022 ein Buch über seine langjährigen politischen Erfahrungen mit dem Nachbarn geschrieben.

Ja, sagt Grudler im Gespräch in seinem Büro im EU-Parlament, rede man in Brüssel als Franzose oder Deutscher über die Schweiz, löse das in der Schweiz öfters Reaktionen aus, die zum Anlass in keinem Verhältnis stünden. Manchmal sei es schwer, so zu reden, dass einen die eigenen Wähler verstünden, findet Schwab, die Schweizer sich aber nicht beleidigt fühlten. Im Moment gehe es darum, die Wogen zu glätten, meint Grudler. Er werde in den nächsten Monaten die Schweiz häufig besuchen, um die Sicht der EU auf die Verträge mit der Schweiz aufzuzeigen. Ein halbes Jahr vor der Abstimmung werde er aber keinen Fuß mehr ins Land setzen. Er will sich keine Einmischung vorwerfen lassen.



Unterzeichneten Ende Juni eine gemeinsame Erklärung: Bundesrat Ignazio Cassis (links) und EU-Handelskommissar Maros Sefcovic. Foto: EPA

**«Im Vornherein verloren sind nur die Kämpfe, die man gar nicht führt.»**

**Christophe Grudler**

EU-Abgeordneter aus Frankreich

Beide finden, der Bundesrat könnte sich mehr für die Verträge engagieren, immerhin gehe es um die Zukunft des Landes. Als er mit Frankreichs Präsident Emmanuel Macron in Bern gewesen sei, habe er dem Bundesrat geraten, nicht zu taktieren, sagt Grudler – sondern sich mit ganzer Kraft für die von ihm verhan-

delten Verträge einzusetzen. «Im Vornherein verloren sind nur die Kämpfe, die man gar nicht führt.» Beide freuen sich, dass Aussenminister Ignazio Cassis zuletzt mehr Leidenschaft zeigte. «Aber glaubt man ihm noch?», fragt Schwab.

**In den Verhandlungen habe Bern viel herausgeholt**

Nach dem «Trauma von 2021», als der Bundesrat ein jahrelang verhandeltes Rahmenabkommen mit der EU unvermittelt in den Papierkorb warf, haben die neuen Verhandlungen Schwab und Grudler positiv überrascht. Der Franzose meint, die Schweiz habe viel herausgeholt. Bei der Unionsbürgerrichtlinie etwa, die in der Schweiz nur eingeschränkt gelten soll, beim Schiedsgericht, bei dem Schweizer und europäische Richter urteilen und der Eu-

ropäische Gerichtshof nur eine assoziierte Rolle spielt.

Mit der Schutzklausel zur Steuerung der Einwanderung hat die EU der Schweiz zudem ein Instrument zugestanden, das sie Großbritannien vor der Abstimmung über den Austritt 2016 noch versagt hatte. Migration sei ein derart heikles Thema, meint Grudler, dass es klug sei, Ängsten vorausschauend zu begegnen.

Frage man Schwab, welche Stimmung in der EU zur Schweiz herrsche, jetzt, da die Verträge vorliegen, antwortet er: «Es gibt keine Stimmung.» Viele Politiker Europas interessierten sich wenig für das Land. In seiner badiischen Heimat begegneten ihm aber zwei Meinungen: Jene, die fänden, Deutschland sollte es wie die Schweiz halten: weniger bezahlen, mehr profitieren. Und jene, die meinten, man müsse die

Schweiz dazu zwingen, sich an die Regeln zu halten, die in Europa für alle gälten.

**«Die Schweiz sollte für die EU keine Milchkuh sein»**

Die Schweiz werde geschätzt, findet Grudler, Eifersucht sei aber auch nicht selten. Wenn das Europaparlament 2026 über die Verträge mit der Schweiz abstimme, sei das Ergebnis jedenfalls kein Selbstläufer. Eine Estin, ein Griech oder ein Spanier wollten oft nur wissen, ob die Schweiz für den Anschluss an den Binnenmarkt auch genug bezahle. «Verlangt das Doppelte!», fordern manche. «Die Schweiz sollte keine Milchkuh sein», findet Grudler, «sondern einen gerechten Preis zahlen.» Er wird jedenfalls für die Verträge werben.

Von der Debatte in der Schweiz wünscht sich der Franzose vor al-

lem, dass sie «ehrlich» sein möge. «Ich sorge mich, dass populistische Argumente etwas kaputt machen, was für die Zukunft der Schweiz lebenswichtig ist.»

Für Schwab wie für Grudler gehört zur Ehrlichkeit die Einsicht, dass die Welt herausfordernder und gefährlicher geworden ist. Europa leide darunter, ja – vereint sei es aber stärker als jedes Land für sich. Das gelte auch für Deutschland oder Frankreich, erst recht für einen Kleinstaat wie die Schweiz. Angesichts der verschärften wirtschaftlichen Konkurrenz mit China und den USA und der aggressiven Mächte wie Russland seien die Schweiz und die EU zunehmend aufeinander angewiesen.

**Der Sonderfallglaube führt auch zu «Dummheiten»**

Nur wer sich an die neue Welt anpasse, werde erfolgreich bleiben, meint Grudler. Das gelte für die EU genauso wie für die Schweiz. Die Schweiz sei ein originelles, innovatives, fleißiges Land. Das Gefühl, es allein mit der ganzen Welt aufnehmen zu können, gehöre zu seiner DNA. Manchmal verführe der Sonderfallglaube die Schweiz aber auch zu «Dummheiten».

Ein Ja des Schweizer Volks zu den neuen Verträgen mit der EU wäre aus Grudlers Sicht ein Glück – und eine grosse Erleichterung. «Ich liebe die Schweiz, ich möchte ihr helfen. Und ich glaube, dass eine engere Zusammenarbeit mit der EU ihr nützt.» Schwab sieht es kühler: «Ein Ja wäre kein Quantensprung, vielmehr eine Versicherung, dass alles so bleibt, wie es ist – oder wenigstens nicht schlechter wird.»

Ein Nein hingegen sähen beide als verpasste Gelegenheit. «Ehrlich, ich glaube nicht, dass diese Chance wiederkommt», sagt Grudler. Es seien diese Abkommen – oder keines. Ein Nein hätte zur Folge, dass die bestehenden bilateralen Verträge eines langsam Todes sterben würden, weil sie sich nicht mehr an neue Erfordernisse anpassen lassen. Während die Probleme sich vor Europa türmten – auch vor der Schweiz.